

setzt sich sogar – mein letzter Satz – ein wenig in die Gegenwart fort und in die Zukunft, denn diese Menschen werden auch in der Zukunft – ich denke jetzt an die Altersversorgung – Nachteile haben. Gestern ist beschlossen worden, daß bestimmte Kappungsgrenzen wohl wegfallen. Ich begrüße das für Ärzte, Ingenieure und andere Leute, die sich mit dem System in den DDR nicht allzusehr arrangiert hatten (die sogenannten I-Renten). Vollkommen vergessen worden sind die Menschen, die aus politischen Gründen an einer ostdeutschen Forschungsinstitution – Wissenschaftler also –, an einer Universität, einer Hochschule keine Karriere mehr machen konnten, erst nach der Wende berufen wurden, aber zu alt waren, um verbeamtet zu werden. Deren Rente berechnet sich nach ihrem Verdienst in DDR-Zeiten. Mein Gehalt war, als ich anfang, 495,- Mark (Ost), Tarif „Übrige Chemie“, meine Frau hatte 190,- Mark als Fotolaborantin. Sie können sich ausrechnen, daß genau diese Menschen eine deutlich geringere Rente erhalten werden nach den Regeln der BfA als die, die schon seit 20 Jahren, also etwa seit den siebziger Jahren, Professoren waren und das möglicherweise auch erkaufte hatten mit bestimmten Kompromissen, die aus meiner Sicht ein anständiger Mann nicht eingeht. Vielen Dank. (Beifall)

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Herzlichen Dank, Herr Professor Weiss. – Wir bitten jetzt Herrn Professor Kiel.

**Prof. Dr. Siegfried Kiel:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren. Ich bin gebeten worden, zu dem Thema „Umsetzung kaderpolitischer Konzeptionen in der Lehrerbildung an DDR-Hochschulen“ etwas zu sagen. Das Thema ist also etwas eingegrenzter. Ich bin von Haus aus Lehrer und Erziehungswissenschaftler, komme aus dieser Sicht zu diesem Thema, bin also nicht Spezialist auf dem Gebiet der Kaderpolitik. Ich versuche, mich aus meiner Sicht dem Thema zu nähern.

Wenn ich am Anfang etwas Historisches sage – ich bin kein Historiker –, dann hat das folgenden Grund: Ich bin bei meinen Recherchen, die alle recht kurzfristig zu machen waren, auf einen Beschluß gestoßen oder vielmehr auf einen Befehl. Am 6. Dezember 1945 brachte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland den Befehl Nr. 162 „über die Ausbildung von Lehrern“ heraus, und zwar, wie es hieß, zum „Zwecke der Demokratisierung der deutschen Schule in dem sowjetischen Besatzungsgebiet Deutschlands und zur Vorbereitung von Lehrern, die befähigt sind, die deutsche Jugend im Geiste der Demokratie zu erziehen.“<sup>1</sup> Dieser Befehl war gewissermaßen das Geburtsdokument für die Ausbildung Tausender Neulehrer im Osten Deutschlands. Zugelassen wurden zu dieser teils achtmonatigen, zum Teil kürzeren Ausbildung, wie es in einem Informationsblatt z.B. aus dem Kreis Güstrow, auf das ich gestoßen bin, vom 21. Dezember 1945 hieß: „Bewerber beiderlei Geschlechts im Alter von mindestens 18 Jahren aus den Schichten der antifaschistischen Be-

1 Aus dem Befehl Nr. 162 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland über die Ausbildung von Lehrern, 6. Dezember 1945, in: Allen Kindern das gleiche Recht auf Bildung. Dokumente und Materialien zur demokratischen Schulreform. Berlin 1981, S. 92.

völkerung mit Volks-, Mittel- und Oberschulbildung. Ehemalige Mitglieder der NSDAP, ehemalige Offiziere der Wehrmacht und Leiter von HJ-Organisationen werden nicht zugelassen.“<sup>2</sup>

Ich habe nicht die Absicht – auch schon aus Zeitgründen –, mich wertend mit dem Thema „Neulehrer“ zu beschäftigen. Ich will nur sagen, daß dieser Beschluß und dessen Umsetzung, die Ausbildung Tausender Neulehrer ab 1946, eine ganz entscheidende Zäsur war im Osten Deutschlands im Sinne einer Erneuerung der Lehrerbildung. Um einen zentralen Begriff der heutigen Veranstaltung aufzugreifen – es war sozusagen die erste grundlegende kaderpolitische Entscheidung im Bereich der Lehrerbildung im Osten Deutschlands, der dann bald andere folgten. Ich nenne jetzt einige Daten über die weitere Entwicklung in kurzen Zügen. Im Jahre 1946 kam es an den Universitäten zur Gründung der Pädagogischen Fakultäten. In Potsdam wurde im Jahre 1948 die Gründung der ersten Pädagogischen Hochschule vollzogen. Anfang der fünfziger Jahre kam es nach sowjetischem Vorbild zur Schaffung eines sogenannten „neuen Typs“ von Lehrerbildungsstätten, zum Aufbau der Pädagogischen Institute (der späteren Pädagogischen Hochschulen) sowie der Institute für Lehrerbildung.

Die im Jahre 1953 vollzogene Gründung der Pädagogischen Institute hatte, so mein Einblick in diesen Vorgang, im wesentlichen zwei Hintergründe. Zum ersten galt es, neue institutionelle Möglichkeiten für die Lehrerbildung zu schaffen. Der Bedarf an möglichst gut ausgebildeten Lehrern war groß und konnte offensichtlich von den Universitäten allein nicht gedeckt werden. Zweitens war aber die Absicht der SED unverkennbar, einen größeren und direkten Einfluß auf die Lehrerbildung und den Einsatz der in ihr wirkenden Kader zu gewinnen. Dieser Einfluß war an den Universitäten zum Teil eher nur vermittelt gegeben bzw. schwerer zu realisieren.

Systematisch gesehen, meine Damen und Herren – das sage ich jetzt auch nur in groben Zügen, vielleicht mit dem Jahr 1965 als Zäsur, als das Gesetz über das sogenannte einheitliche sozialistische Bildungssystem verabschiedet wurde –, war die Lehrerbildung wie folgt in der DDR organisiert:

1. Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer für die Unterstufe erfolgte an den Instituten für Lehrerbildung. Diese Institute waren auf der Fachschulebene angesiedelt. Voraussetzung für die Aufnahme war der Abschluß der zehnklassigen Allgemeinbildenden Polytechnischen Oberschule, wie es hieß. Es gab aber – ich füge das kurz ergänzend hinzu – am Ende der DDR die Vorstellung, die Zahl der oft sehr kleinen Institute für Lehrerbildung zu konzentrieren und zu reduzieren, sie den Pädagogischen Hochschulen anzugliedern, um schrittweise den Übergang zur Hochschulausbildung auch der Unterstufenlehrer zu vollziehen. Das war Absicht, ist belegbar, aber dazu ist es aus den bekannten Gründen dann nicht mehr gekommen. Das war sozusagen angedacht, aber nur

2 Wer will Lehrer werden? Informationsblatt. Güstrow, den 21. Dezember 1945, in: Allen Kindern das gleiche Recht, S. 96.